

Laibacher Zeitung.



Nr. 76.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 6-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. 7-50.

Montag, 5. April.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 6 fr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 5 fr.

1880.

Amtlicher Theil.

Erkenntnis.

Das k. k. Landes- als Pressgericht in Straßachen zu Wien hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt der Nr. 85 der Zeitschrift „Illustrirtes Wiener Extrablatt“ ddo. 26. März 1880 durch den Aufsatz unter der Aufschrift „Criminalgeschichten“ das Vergehen der Aufwiegelung nach Artikel IV des Gesetzes vom 17. Dezember 1862, R. G. Bl. Nr. 8 ex 1863 begründe, und hat nach § 493 St. P. O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Nichtamtlicher Theil.

Unser Handelsverkehr mit Deutschland.

Infolge einer am 18. Juli v. J. vom Handelsministerium ergangenen Aufforderung an die Wiener Handelskammer, sich über die Rückwirkungen des neuen deutschen Zolltarifs auf unsere Exportinteressen zu äußern, betraute die Kammer ein Comité aus zehn Mitgliedern, welchem das Cooptationsrecht eingeräumt wurde, mit der Behandlung dieser Angelegenheit. 27 Kammermitglieder sowie der Verein der Montan- und Eisenindustriellen wurden mit Specialreferaten betraut und 188 Experten wurden behufs Einvernahme über die einzelnen Industriezweige eingeladen. Mit der Ausarbeitung des Berichtes wurde der Kammersecretär Dr. Popf betraut, und in 27 Sitzungen hat das Comité seine Arbeit beendet. Als das Ergebnis derselben liegt nun ein Bericht über unsere handelspolitischen Verhältnisse zu Deutschland vor, wie er gründlicher und umfassender kaum jemals geboten wurde. Der Bericht zerfällt in eine Einleitung, enthaltend die Geschichte des Berichtes, einen Generalbericht, eine Abhandlung über die deutsche Verkehrspolitik und die Specialanträge des Referenten sammt Motiven. Aus der Masse des Materials wollen wir hier das principielle Resultat der handelspolitischen Enquête veröffentlichen. Dasselbe lautet:

„Wie sich aus den auf Grund der Special-Experten verfaßten Referaten über die einzelnen Abtheilungen des neuen deutschen Zolltarifs im allgemeinen ergibt, hat sich, mit Ausnahme der Eisen- und Maschinenindustrie, der Metallwaren- und der Gold- und Silberwarenindustrie, die Gesamtheit unserer einheimischen Productions-, Handels- und Gewerbezweige, so weit sie in der Enquête vertreten waren, zum größten Theile direct, zum anderen Theile indirect für den Abschluß eines Handels- und Zollvertrages mit Deutschland, jedoch nur unter gewissen Voraussetzungen ausgesprochen. Das lebhafteste Interesse an einer tarif-

mäßigen Verständigung beider Reiche nimmt vor allem die Gruppe unserer Bodenvirtschaft und der davon abhängigen Industrien. Von der Textilbranche ist es vor allem die Leinenindustrie, deren Interessen auf eine Regelung unserer handelspolitischen Beziehungen mit Deutschland hinweisen. Hieran schließen sich die Baumwoll- und Schafwollspinnerei, die Gruppen: Baummwoll-, Schafwoll- und Seidenwaren. Dann folgt die Hutindustrie; die Gruppen: Glas und Glaswaren, Thonwaren, Papier und Papp- und Kurzwaren, Leder- und Kautschukwaren, Kürschnerwaren, Stroh- und Bastwaren. Seitens obiger Handels- und Industriezweige wird angeführt, daß sie entweder ausschließlich oder in ausgedehntem Maße oder doch vielfach Exportbeziehungen mit Deutschland unterhalten, welches ihren Productionen oder Erzeugnissen entweder selbst zum Absatzgebiet dient oder den weiteren Export nach fremden, namentlich den westlichen und nördlichen Ländern, vermittelt.

„Andererseits geht aber aus den Experten über den massenhaften Consum deutscher Waren in Oesterreich-Ungarn zur vollen Evidenz hervor, daß Deutschland ein noch weit größeres Interesse am Verkehr und an dessen Erleichterungen mit unserem Reiche hat, und es drückt sich in den Ziffern unseres Güterausstausches mit Deutschland die große wirtschaftliche Thatsache aus, daß Deutschland mit seinem Bedarf an Rohstoffen und Naturproducten auf Oesterreich-Ungarn angewiesen ist, während wir von Deutschland Fabricate und Hilfsstoffe beziehen. Der Bericht erhielt eine wichtige Ergänzung durch eine Resolution über die Bindung der Tarife. Das Comité ist nämlich bezüglich dieser Angelegenheit zu folgenden Erwägungen gelangt: Schon aus den Kundgebungen des letzten Prager Handelskammertages und der Wiener Kammer ergibt sich als unabweisliche Bedingung für die Herstellung gedeihlicher wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, daß einem solchen Uebereinkommen die angemessene Gleichartigkeit der gegenseitigen Zugeständnisse und Verkehrserleichterungen zugrunde liegen und demzufolge erst eine Revision unseres eigenen Tarifes vorangehen müsse, widrigenfalls wir uns eher auf unsere ökonomische Selbstständigkeit beschränken sollen. Diese Forderung erscheint heute, wo aus allen Verhandlungen der vom Comité eingesetzten Enquête hervorgeht, daß die deutschen Tarifpositionen in ihrer großen Mehrheit den unserigen gegenüber hoch, ja bisweilen exorbitant und für unsern Export äußerst drückend sind, um so berechtigter. Es ist natürlich, daß kein Staat einen Handelsvertrag gegen seine wohlverwogenen wirtschaftlichen Interessen schließen wird, und so geht es auch

nicht an, einzelne Positionen unseres Tarifes, an denen Deutschland vielleicht besonders gelegen ist, mit ihren niedrig gehaltenen Sätzen auf eine Reihe von Jahren zu binden. Ein ferneres Bedenken liegt darin, daß unsere wirtschaftliche Actionsfreiheit durch Meistbegünstigungsverträge, welche wir mit anderen Industriestaaten geschlossen haben oder abschließen werden, wesentlich beschränkt ist und bleiben würde, indem jede Begünstigung, welche wir Deutschland in unserem autonomen Tarife einräumen, sofort auch jenen dritten Staaten zugute kommen würde. Nebstdem wäre zu befürchten, daß das Zugestehen des Bindens einiger Zollpositionen, welche unserer Wirtschaft vielleicht nicht so nachtheilig wären, gar leicht dahin führen könnte, daß wir wider unsern Willen auf solchen Gebieten zu Concessionen gebrängt würden, wo sie uns schwer schädigen. Aus diesen Gründen muß das Comité in Uebereinstimmung mit dem Antragsteller den Vorschlag selbst nur einer partiellen Bindung der Tarife für unsere wirtschaftlichen Interessen entschieden als gefährlich bezeichnen.“

Der Bericht wird am 7. d. M. einer öffentlichen Plenarversammlung der Wiener Handelskammer zur Berathung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Vom Reichsrathe.

Morgen wird das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes wieder zusammentreten, um seine durch die Osterfeiertage unterbrochene Thätigkeit wieder aufzunehmen. Der erste Gegenstand, der zur Verhandlung kommen wird, ist der Staatsvoranschlag für 1880, dessen Berathung sich diesmal in ungewöhnlicher Weise verzögert hat. Der Bericht des Generalberichterstatters Smarzewski liegt bereits vollinhaltlich vor und liefert ein umfassendes Bild der momentanen Finanzlage. Die Gesamtsumme der Ausgaben erscheint mit 422.860,802 fl. veranschlagt, stellt sich somit um nahezu 4-4 Millionen höher, als der Gesamtaufwand für das Vorjahr und um mehr denn 10 Millionen höher als das ursprüngliche Regierungspräliminare. Dieses ungünstige Resultat wurde hauptsächlich durch die Nothwendigkeit von Nachtragcrediten für Nothstandszwecke, durch das gesteigerte Erfordernis für die Verzinsung der Staatsschuld, vor allem aber durch die bedeutende Erhöhung der für die Rückvergütung der Verzehrungssteuer und für Gefällrückgaben, dann für Ersatz der Steuerrestitutionen an die ungarische Regierung veranschlagten Summen herbeigeführt. Bezüglich der Staatseinnahmen, die im ganzen mit 398.251,756 fl. präliminirt sind, hat der Budgetausschuß an den Regierungsziffern

Neuilton.

Dr. Ludwig Gerbez †.

Ein Nachruf.

Mit Dr. Ludwig Gerbez, der am 13. März d. J. in Idria gestorben ist, verlor der ärztliche Stand eine seiner Bierden, die Wissenschaft einen treuen und nicht ohne Erfolg thätigen Jünger, das Land einen braven Mitbürger, die Menschheit einen opferwilligen, in ihrem Dienste unermüdeten Freund. Das Leben, das sich am genannten Tage abschloß, war nicht durch wechselnde Schicksale und ungewöhnliche Erlebnisse ausgezeichnet, es war eben nur das Leben eines durch ein halbes Jahrhundert an dieselbe Scholle gebundenen Arztes, der glanzlos nach außen und segensreich und wohlthätig im Stillen wirkte, ein Leben des ruhmvollsten Kampfes mit den Widerwärtigkeiten des Tages, der Entbehrung gegenüber Glanz und Ehre, Macht und Mittel, nur das stille aber befriedigende Bewußtsein der treuen Pflichterfüllung dem Träger gewährend.

Dr. Ludwig Gerbez, kaiserlicher Rath und jub. k. k. Montanphysiker in Idria, wurde am 14. August 1805 zu Bischofsdorf als der Sohn eines dortigen praktischen Arztes geboren und wurde am 9. Juli 1832 in Wien zum Doctor der Medicin und Magister der Augenheilkunde promoviert. Nach Absolvierung seiner Studien begab er sich nach Laibach, wo er vom 15. October 1832 bis 7. November 1833 die Armen-

praxis ausübte. Am 15. November 1833 kam er nach Idria, wohin ihn das Landesgubernium als provisorischen Bergcameralphysiker abgeordnet hatte, welchen Posten er durch 1 1/2 Jahre versah, worauf er definitiv zum k. k. Districtsphysiker in Wippach am 29. Mai 1835 ernannt wurde. In Wippach jedoch blieb er nur vom 14. Juni bis 14. Dezember d. J., da man ihn mittlerweile neuerdings als provisorischen Bergcameralphysiker nach Idria abordnete, bis er endlich am 6. August 1838 zum definitiven Bergcameralphysiker ernannt wurde, in welcher letzter Stellung er bis zu seiner am 28. Februar 1874 erfolgten Pensionierung verblieb, und zwar vom Jahre 1833 bis 1873, also durch volle 40 Jahre mit dem Gehalte von 700 fl., denn erst am 1. Juli 1873 wurde anlässlich der allgemeinen Beamtengehaltserhöhung auch sein Gehalt auf 1300 fl. nebst einer Activitätszulage von 100 fl. erhöht. Allerdings bezog er nebst dem Gehalte von 700 fl. auch ein Reisepauschale von 100 fl. und den Genuß einer Naturalwohnung, nebst Acker und Gartenanteilen und etwas Brennholz.

Das erstemal machte sich Gerbez in seiner Dienstleistung bei dem am 2. November 1846 in Idria ausgebrochenen Grubenbrande, bei dem der provisorische Bergverwalter Haaszac und fünf Hüttenleute verunglückten, so daß deren Leichen erst nach einem halben Jahre aufgefunden wurden, durch seine außerordentliche Thätigkeit und sein energisches Auftreten bemerkbar, so daß dieser seiner Thätigkeit mehrere Menschen ihr Leben zu verdanken hatten und Gerbez von Seite der Landesbehörde für seine Haltung bei diesem Unglücke ein Anerkennungs schreiben erhielt. Nebst der

anstrengenden Besorgung des ärztlichen Werkdienstes besorgte er auch durch viele Jahre die politischen Geschäfte im Idrianer Bezirke unentgeltlich, was sowohl von Seite des Landesguberniums als auch von Seite des Bezirksgerichts in Idria anerkennend hervorgehoben wurde.

Gerbez' größte Bedeutung jedoch liegt in der wissenschaftlichen Verwertung des ihm allerdings reichlich zu Gebote gestandenen Materials an Berufskrankheiten der Arbeiter, indem er durch seine wissenschaftliche Darstellung der Mercurial- und endemischen Krankheiten in Idria in seinen Quinquennial-Sanitätsberichten von 1865 und 1871 sich ein unausschließliches Verdienst um die Sanität der Werksangehörigen erworben hat. Diese Darstellung, noch heute ein Leitfaden für jeden neuen Bergarzt in Idria, fand die ihr gebührende Würdigung nicht bloß von Seite der Behörden, für die sie bestimmt war, indem das hohe k. k. Finanzministerium mit Erlaß vom 28. Juli 1871, Z. 9011, eine besondere Anerkennung aussprach, sondern sie fand die Anerkennung auch der wissenschaftlichen Welt, indem die Darstellung in die vom hohen k. k. Ackerbauministerium veranlaßte Abhandlung Dr. Hammerschmieds „Ueber die Sanitätsverhältnisse der ärarischen Montanwerke“ einbezogen wurde, und indem heute noch kein Gelehrter über Berufskrankheiten der Arbeiter und speciell der Quecksilberarbeiter schreiben kann, ohne Dr. Gerbez als Gewährsmann zu citieren. In Ansehung dieser Verdienste erhielt Dr. Gerbez anlässlich seiner Pensionierung die Auszeichnung, daß Se. Majestät der Kaiser demselben den Titel „kaiserlicher Rath“ zu verleihen geruhte.

weniger geändert, als bei den Ausgaben, doch dürfte das Deficit, wenn man die für den Beginn der Bauarbeiten an der Arlbergbahn beanspruchte Summe einbezieht, immerhin sich auf mehr als 26 Millionen Gulden belaufen.

Natürlich wird es von dem Verlaufe der Budgetdebatten, beziehungsweise von der längeren oder kürzeren Dauer derselben, abhängen, welche Gegenstände vor der definitiven Vertagung des Reichsrathes, die für den Monat Mai in Aussicht genommen ist, noch weiter zur Erledigung gelangen werden. Von Seite der Regierung wird namentlich darauf Gewicht gelegt, daß der Gesetzentwurf, betreffend die Einführung der Militärtage, dann die Vorlage, betreffend die Erhöhung des Einfuhrzolles und die Einführung einer Verbrauchssteuer für Mineralöle, noch in der laufenden Session fertiggestellt werden, weil dieselben Angelegenheiten berühren, welche in beiden Reichshälften nach gleichen Grundsätzen geregelt werden sollen, und der ungarische Reichstag die betreffenden Gesetzentwürfe bereits genehmigt hat. Es ist aber trotzdem noch fraglich, ob dieses von der Regierung angestrebte Ziel auch erreicht werden wird, nachdem das Abgeordnetenhaus die Zustimmung zur Einführung der Militärtage von der vorhergehenden Aenderung einiger Bestimmungen des Wehrgesetzes abhängig gemacht hat, bezüglich dieser Aenderung aber die notwendige Verständigung zwischen den Regierungen beider Reichshälften noch nicht in allen Punkten erzielt worden ist. Günstiger stehen die Chancen für den Gesetzentwurf betreffs Erhöhung der Mineralölsteuer, bezüglich dessen der Steuerauschuß die Geneigtheit zum Eingehen auf die Intentionen der Regierung bereits in unzweideutiger Weise kundgegeben hat.

Was die sonstigen, noch in der Schwebe befindlichen Vorlagen betrifft, so herrscht namentlich bezüglich jener, welche wirtschaftliche Interessen berühren, zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus volle Uebereinstimmung darüber, daß deren beschleunigte Erledigung wünschenswert sei. Dahin gehören vor allem der Gesetzentwurf, betreffend Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften, auf dessen baldiges Zustandekommen besonders die ländliche Bevölkerung mit Sehnsucht wartet, ferner der Gesetzentwurf, betreffend die Regelung und Besteuerung des Ausschankes und Kleinverschleißes von gebrannten geistigen Getränken; der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung, endlich die Gesetzentwürfe, betreffend die Commassation landwirtschaftlicher Grundstücke, die Vereinigung des Waldlandes von fremden Enclaven und die Theilung von gemeinschaftlichen Grundstücken. Daß noch alle diese Vorlagen in der gegenwärtigen Session zur Erledigung gelangen werden, ist kaum anzunehmen; namentlich befinden sich die Gewerbegezetznovelle und die Commassationsvorlagen noch in einem derart unfertigen Stadium, daß deren vollständige Erledigung selbst bei entsprechender Beschleunigung der einschlägigen Ausschufsberatungen vor der Vertagung des Reichsrathes kaum wahrscheinlich ist. Gleiches gilt von der Vorlage, betreffend die Regelung der Congrua der katholischen Geistlichkeit, welche von dem hiezu gewählten Ausschusse noch gar nicht in Verhandlung gezogen worden ist.

Zu bemerken wäre noch, daß alle hier erwähnten Gegenstände der Initiative der Regierung entsprungen sind. Es liegt aber noch eine ganze Reihe von selbst-

Nebst der durchwegs belobten amtlichen, der in dankbarer Erinnerung aller Idriener stehenden ärztlichen und allerwegs anerkannten wissenschaftlichen Thätigkeit zeichnete Dr. Gerbez ein reger Sinn für alles Schöne und Wahre aus. Seiner politischen Gesinnung nach ein treuer Anhänger der Verfassungspartei, war Dr. Gerbez zugleich ein warm fühlender Sohn seines engeren Heimatlandes, ein an seinem großen Vaterlande enthusiastisch hängender Oesterreicher und allen humanitären und künstlerischen Strebungen von Herzen zugethan. Selbst ein leidlicher Violinspieler, hat er für die Erhaltung der Werkmusik, namentlich in den früheren Jahren, sich viele Verdienste erworben. Ich erinnere mich mit Vergnügen noch des Anblickes, als der damals schon 58jährige Dr. Gerbez anlässlich des Sängerkongresses der Philharmoniker im Jahre 1863 an der Spitze des Werksorchesters und als Dirigent desselben die Violine gleich dem tüchtigsten Kapellmeister handhabte.

Gerbez war eine liebenswürdige, ehrliche und rechtliche Natur, und jeder, der ihm je näher trat, erinnerte sich mit Freude des jovialen, geistig begabten und edlen Mannes, der seinem lieben Idria selbst nach seiner Pensionierung treu blieb, indem er es bis zu seinem Tode nicht mehr verließ. Nach al' dem Gesagten glaubt der Verfasser dieser Zeilen es als eine collegiale Pflicht ansehen zu müssen, dem Dahingegangenen den vorliegenden Nachruf zu widmen und einen Lebenslauf zu entrollen, innerhalb dessen ein so großer Reichthum an Herz, Geist und Gemüth zu schöner Blüte und wohlthätiger Frucht sich entfaltete.

Dr. Friedrich Reesbacher.

ständigen Anträgen der Abgeordneten vor, von denen wohl nur wenige im bevorstehenden Sessionsabschnitte der Erledigung werden zugeführt werden können, weil sonst die Einberufung der Landtage, welche möglichst bald nach Schließung des Reichsrathes erfolgen soll, in die heißeste Sommerzeit fallen müßte.

Politische Uebersicht.

Laibach, 4. April.

Die jüngste Maßregel des Finanzministers, die Herabsetzung des Zinsfußes der Salinenscheine auf $3\frac{1}{2}$ Procent betreffend, findet die allgemeine rückhaltlose Zustimmung der Fachkreise. Es wird im Tone vollster Anerkennung gebilligt, daß der österreichische Schatzkanzler durch diese Zinsfuß-Erniedrigung auch den Staat, für den ein halbes Procent mehr oder weniger recht ansehnliche Summen repräsentiert, an der gegenwärtigen günstigen Situation des Geldmarktes participieren ließ. Wenn übrigens von einigen Seiten die Frage ventilirt wird, ob es nicht vielleicht angezeigt gewesen wäre, den Zinsfuß der Salinenscheine sofort noch weiter, allenfalls gleich auf 3 Procent, zu ermäßigen, so wäre dem gegenüber zu erwägen, daß es denn doch vorsichtiger war, nicht auf einmal in so radicaler Weise vorzugehen, um sich nicht der immerhin möglichen Eventualität auszusetzen, bei einer allfälligen entgegengesetzten Fluctuation des Geldmarktes wieder zu einer Zinsfuß-Erhöhung schreiten zu müssen, was am Ende doch recht mißlich gewesen wäre. — Als neues Anzeichen für den den Markt beherrschenden Ueberfluß an Bargeld sei erwähnt, daß nun auch die neue Wiener Sparkasse dem Beispiele der ersten österreichischen Sparkasse gefolgt ist und den Zinsfuß für Geldeinlagen von $4\frac{1}{2}$ auf 4, respective für gewisse Einlagskategorien von 4 auf $3\frac{1}{2}$ Procent reducirt hat.

Im Abgeordnetenhaus werden am Montag die Clubs zusammentreten, um ihre Stellung für die am 6. d. beginnende Budgetberatung zu fixieren.

Der Landesvertheidigungsminister Freiherr von Horst hat seinen Kräften denn doch zu viel zugemuthet, als er in gewohntem Pflichterifer sofort nach erfolgter Bestattung seiner in der Blüte der Jahre verschiedenen Tochter wieder die Leitung der Geschäfte seines Ressorts übernahm. Der schwere Schlag, der den Minister ganz unerwartet getroffen, hat am Ende doch seine Gesundheit so empfindlich angegriffen, und die Folgen der tiefen Erschütterung machen sich jetzt, wo die Aufregung der ersten Tage sich endlich etwas gelegt hat, in so gebieterischer Weise geltend, daß die Aerzte wenigstens für einige Zeit noch absolute Ruhe und Enthaltung von den Geschäften auf das dringendste verlangen. Freiherr v. Horst hat daher vorgestern einen kurzen Urlaub angetreten und wird denselben in stillster Zurückgezogenheit im Kreise seiner Familie in Görz zubringen. Minister Dr. Bierniakowski wird ihn während diesesurlaubes vertreten. Hoffentlich wird eine kurze Zeit der Ruhe und der Erholung wesentlich zur Kräftigung der angegriffenen Gesundheit des Freiherrn v. Horst beitragen; die Theilnahme und der Wunsch, den von allen Parteien gleich verehrten Minister recht bald vollständig hergestellt und dem von ihm in so ausgezeichnete Weise verwalteten Amte wiedergegeben zu sehen, sind allgemein.

Die Publication der Ernennung des ungarischen Abgeordnetenhaus-Präsidenten v. Szlavay zum Reichsfinanzminister und des Reichsfinanzministers Freiherrn v. Hofmann zum Intendanten der kaiserlichen Hofbühnen wird erst für den Zeitpunkt erwartet, wenn im ungarischen Abgeordnetenhaus jene Eisenbahnvorlagen der Regierung, deren Vertretung dem Communicationsminister Herrn v. Pechy zufällt, erledigt sein werden. Herr v. Pechy wird nämlich allgemein als der Nachfolger v. Szlavays im Präsidium des ungarischen Abgeordnetenhauses bezeichnet. — Mehrfach findet sich in den Blättern die Angabe, daß die ungarische Regierung ein Eisenbahn-Curatorengesetz, analog dem in Oesterreich geltenden, vorbereite.

Um die Finalisierung der Verhandlungen, betreffend den Abschluß einer Eisenbahnanschluss Convention mit Serbien, zu beschleunigen, begaben sich vorgestern die Vertreter der ungarischen Regierung nach Wien, um an den gemeinsamen Beratungen theilzunehmen.

Die beiden Delegierten des deutschen Reichsjustizamtes, Oberregierungsrath Hagens und geheimer Regierungsrath Gutbrod, die nach Wien entsendet wurden, um Verhandlungen zum Zwecke eines Uebereinkommens in der Couponfrage zu führen, haben am 1. d. M. ihre Pourparlers mit Vertretern der österreichischen Regierung, von denen man sich in der Presse guten Erfolg verspricht, begonnen. Die ungarische Regierung nimmt an diesen Negotiationen keinen Theil.

Die Demission des französischen Botschafters am Wiener Hofe, Teisserenc de Bort, wird allgemein als vollzogene Thatsache behandelt, und die Bemerkungen der Blätter lauten sehr sympathisch für den scheidenden Staatsmann, der, wenn die „Neue freie Presse“ gut unterrichtet ist, seinen Demissionsentschluß mit überraschender Plötzlichkeit gefaßt haben müßte

und nicht gesonnen sein soll, ferner in diplomatischer Thätigkeit zu verbleiben. Er hatte seinen Wiener Posten am 19. April 1879 angetreten.

Es wird von mehreren Seiten ein Kampf signalisirt, der in der Nähe von Belopolje kürzlich auf türkischem Gebiete zwischen der dortigen Bevölkerung und zwei Bataillonen Nizams stattfand und Verluste von Menschenleben zur Folge hatte. Das türkische Militär soll nach einer Version auf Räuber gefaßt, nach einer anderen den Zehent erequirt haben. Die „Presse“ macht zu dieser Meldung die Bemerkung, es zeige sich nun, daß auch die Ueberfälle, die zeitweilig auf österreichische Truppen gemacht werden (der letzte am 17. Februar d. J.), keine politischen Motive haben.

Wie aus Belgrad berichtet wird, beabsichtigt die serbische Regierung, mehrere Officiere behufs ihrer höheren militärischen Ausbildung demnächst nach Oesterreich-Ungarn und Frankreich zu senden.

Aus Constantinopel langt die Mittheilung ein, daß die montenegrinische Gegenproposition in der Delimitationsfrage, betreffend Gusijs und Plawa, von dem türkischen Ministerrathe einstimmig angenommen wurde. Die Entscheidung des Sultans über diese Frage ist jedoch noch ausstehend.

Tagesneuigkeiten.

— (Schutzhäuser in den Zillertaler Alpen.) Der Alpenclub „Oesterreich“ in Wien, welcher den von den alpinen Vereinen bisher ziemlich stiefmütterlich behandelten Zillertaler Alpen in der nächsten Zeit eingehendere Aufmerksamkeit zu widmen gedenkt, wird seine Thätigkeit in dieser durch seine Liebesfänger weit hinaus über die Grenzen unseres Heimatlandes bekannten, großartig schönen Hochgebirgsgruppen damit beginnen, dieselbe durch Erbauung einer Schutzhütte bequemer zugänglich zu machen. Die Hütte ist an einem circa 3000 Meter (10,000 Fuß) hoch gelegenen, von der Südbahnlinie in 6 bis 7 Stunden bequem zu erreichenden Punkte projectiert, und von derselben aus wird eine der stolzeften Zillertaler Hochzinnen in zwei Stunden leicht erstiegen werden können. Der Bau soll sofort mit Eintritt der besseren Jahreszeit beginnen und den Namen „Wiener Hütte“ erhalten. Die Wahl gerade dieses Namens durch den zur Mehrzahl aus Wienern bestehenden Alpenclub „Oesterreich“ erscheint um so gerechtfertigter, als wir in unseren österreichischen Alpen bisher wohl eine Berliner, eine Leipziger, eine Dresdener, eine Prager Hütte, jedoch merkwürdigerweise noch keine Wiener Hütte besitzen.

— (Goethe-Denkmal.) Das Goethe-Denkmal in Berlin soll binnen kurzem im Thiergarten zwischen dem Brandenburger und dem Potsdamer Thore errichtet werden. Wie lange es her ist, daß für dieses Denkmal gesammelt wurde, erhellt am besten daraus, daß der erste Vorsitzende des Vereines Jakob Grimm war. Obgleich der Bildhauer Schaper seine Kräfte diesem Denkmal auf das uneigennützigste widmete, bleiben noch ungefähr 30,000 Mark ungedeckt.

— (Hansen in Köln.) Der vielgenannte „Magnetiseur“ Herr Hansen producierte sich diesertage in Köln. Seine Vorstellungen verursachten auch im dortigen Thaliatheater einen solchen Scandal, daß die Polizeibehörde weitere öffentliche Vorstellungen verbot.

— (Verdi in Paris.) Präsident Grévy überreichte am Mittwoch Herrn Verdi, als er den italienischen Maestro mit seiner Gemahlin, dem Kunstmaler und einigen anderen Musikfreunden zum Dejeuner empfing, die Insignien eines Großofficiers der Ehrenlegion. Er schätzte sich glücklich, sagte Herr Grévy, dem Meister dieses Zeichen seiner Bewunderung und dem Lande, welchem er angehört, diesen Beweis seiner Sympathie zu geben. Von den lebenden französischen Componisten bekleidet kein einziger in der Ehrenlegion den Rang, auf welchen Verdi erhoben worden ist; selbst Gounod ist nur Commandeur des Ordens, dürfte aber, wie man glaubt, bei nächster Gelegenheit ebenfalls zum Großofficier aufsteigen.

— (Deutsche Marine.) Für die deutsche Kriegsmarine soll neben Kiel und Wilhelmshaven nunmehr in Danzig eine dritte Marinestation errichtet werden. Die „Vossische Zeitung“ erfährt hierüber von „unterrichteter Seite“, daß es, um eine feindliche Blockade der deutschen Ostseehäfen zu hindern oder zu brechen, für nothwendig erachtet werde, einen auf den Tiefgang von Panzerfregatten bemessenen Kriegshafen, an der Küste von Ost- oder Westpreußen herzustellen, damit die deutsche Flotte im Falle einer Niederlage beim Rückzuge nach dem über 120 deutsche Meilen von Memel und Tilsit entfernten Kieler Hafen nicht etwa Gefahr laufe, vollständig vernichtet zu werden. Auf welche Weise nun der Danziger Hafen, dessen Fahrrinne nur 15 bis 20 Fuß Tiefe hat, während der Tiefgang der Panzerfregatten zwischen 22 und 26 Fuß beträgt, für den vorerwähnten Zweck geeignet zu machen sei, scheint noch nicht entschieden zu sein. Daß aber Danzig als Stützpunkt zur Vertheidigung der Ostsee demnächst mit größeren Marine-Abtheilungen besetzt wird, daß dort namentlich eine dritte Matrosendivision errichtet werden wird, kann nach der „Vossischen Zeitung“ nicht als zweifelhaft gelten.

Locales.

Aus dem I. I. Landesschulrath für Krain.

Auszug aus dem Protokolle über die ordentliche Sitzung des I. I. Landesschulrathes für Krain vom 24. März 1880, unter dem Vorsitze des Herrn I. I. Statthalters Franz Ritter Kallina v. Urbanow, in Anwesenheit von 8 Mitgliedern.

Vor Beginn der Sitzung wird dem bisherigen Herrn Landespräsidenten Franz Ritter Kallina von Urbanow anlässlich der jüngst erfolgten Allerhöchsten Ernennung zum I. I. Statthalter der Markgrafschaft Mähren durch Herrn Carl Deschmann im Namen des I. I. Landesschulrathes für Krain der ehrfurchtsvollste Glückwunsch dargebracht und ihm gleichzeitig der ergebenste Dank ausgesprochen für die kräftige und erfolgreiche Unterstützung, welche derselbe dem Schul- und Unterrichtswesen in Krain und dem I. I. Landesschulrath jederzeit zuteil werden ließ. Nachdem der Herr Statthalter hierauf mit warmen Worten seinen herzlichsten Dank ausgesprochen, eröffnet derselbe die Sitzung, worauf der Schriftführer die seit der letzten Sitzung erledigten Geschäftsstücke vorträgt, deren Erledigung zur Kenntnis genommen und sodann zur Tagesordnung übergegangen wird.

Inbetreff der in der Zeitschrift „Slov. Narod“ Nr. 64 vom 18. März d. J. über die Vorgänge in der Sitzung des I. I. Landesschulrathes für Krain vom 11. März d. J. in unwahrer Weise gebrachten Notiz und Behauptung, dass ein Mitglied des I. I. Landesschulrathes den von der Direction der I. I. Lehrerbildungsanstalt in Laibach über die Pflege der slovenischen Sprache erstatteten Bericht als eine „noch nicht vorgekommene Entstellung der Wahrheit“ bezeichnet habe, wurde die diesbezügliche amtliche Berichtigungsveranlassung beschlossen.

Auf Grund der von den I. I. Bezirksschulrathen in Vorlage gebrachten Ausweise und einschlägigen Anträge wurde der hiernach verfasste Voranschlag über das aus dem krainischen Normalerschulfonds zu bestreitende Erfordernis der Activitätsbezüge des Lehrpersonales allgemeiner Volksschulen pro 1881 beraten und zur Veranlassung der Bedeckung im Voranschlage des krainischen Normalerschulfonds pro 1881 dem krainischen Landesausschusse mitgetheilt.

Ueber den vom krainischen Landesausschusse gegen das Erkenntnis eines I. I. Bezirksschulrathes in Angelegenheit der Quartiergeldentschädigung eines Oberlehrers eingebrachten Recurs wird die Entscheidung gefällt.

Auf Grund der Anträge der Lehrkörper der hiesigen I. I. Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalt werden zwei Schulgeldbefreiungen bewilligt.

Die vom Lehrkörper der I. I. Lehrer-Bildungsanstalt in Laibach verhängte Strafe der lokalen Ausschließung eines Zöglingens der gedachten Anstalt wird genehmigt und die Entziehung des Fortgenusses bisher genossener Staatsstipendien bezüglich zweier Zöglinge beschlossen.

Mehreren Zöglingen der hiesigen I. I. Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalt werden Staatsstipendien theils erhöht, theils neu verliehen, und Schülern der Vorbereitungsclassen Staatsunterstützungen gewährt.

Zwei Lehrstellen an Volksschulen werden definitiv besetzt.

Recurse in Schulverräumnis-Straffällen, dann Remunerations- und Gehaltshilfsgesuche werden erledigt.

Zur Cultivierung des Laibacher Morastes.

Von Ingenieur Carl Potočnik.

(Fortsetzung.)

Eine glückliche Verbindung dieser beiden Systeme dürfte bei den geringen Kosten, die sie bei einem zum Mindesten auf das Dreifache gesteigerten Mehrertragnis verursacht, auf den Morast die günstigsten Wirkungen üben. Wenn ich mit der Bewässerung auch eine Commassierung der Grundstücke in Verbindung brachte, so leiteten mich dabei nicht nur das Bestreben, ein einmal begonnenes Werk in jeder Richtung vollkommen herzustellen, als auch finanzielle Beweggründe, welche hier in die Waagschale fallen.

Die Bewässerungsanlage ist der Grundstücke wegen da und nicht etwa umgekehrt. Die jetzige Parcellierung des Moores bringt uns Riemenparcellen und andere Formen genna, welche einer Bewässerung nur hinderlich in den Weg treten und bei Anreparierung und Bertheilung der Wasser zu enormen Schwierigkeiten führen würden. Diese Schwierigkeiten würden durch das Ziehen der Bewässerungsanlagen, welche in vielen Fällen die bestehenden Parcellen noch weiter zersplittern müßten, noch bedeutend wachsen, die Zugänglichkeit und Bewässerung mancher Theile unendlich erschweren und hiedurch sowohl den Besitzer als die Gesamtheit schwer schädigen. Alle die möglichen Zufälligkeiten einer späteren Commassierung bei Verfassung des Bewässerungsprojectes in Betracht zu ziehen, ist unmöglich, eben so wie es unmöglich wäre, die kostbaren Bewässerungsanlagen aus dem Wust einer

erst später erfolgenden Commassierung intact hervorgehen zu sehen.

Weiters gebe ich in diesem Falle zu bedenken, dass sich auch die Kostenfrage für die Bewässerung ganz anders gestaltet. Wird die Commassierung, wie schon aus technischen Rücksichten geboten, gleichzeitig mit der Bewässerung durchgeführt, so entfällt durch Berechnung der Beiträge der Besitzer zu den Bewässerungsanlagen durch Inrechnungziehung eingegangener Wege, Gräben, Gemeindegrenze u. c. jede weitere Grundeinlösung ganz. Wie schwierig und langwierig aber jede Grundeinlösung ist, weiß jedermann, und die Geldsumme dafür würde bei unserem Moraste gewiss siebengliedrig ausfallen.

Noch habe ich eine Einwendung zu beseitigen, die man mir machen könnte. Man könnte sagen, dass ich durch die Befürwortung einer gleichzeitigen Ent- und Bewässerung ein gefährliches Hystron-Proteron protegiere, da ja unerwartete Entwässerungsergebnisse mütend auf das ganze Entwässerungsproject einwirken müßten. Aber wenn selbst die feinerorts angeführten Gründe nicht genügend für meine Meinung eintreten, gebe ich zu bedenken, dass der gegenwärtige Stand der Hydrotechnik die Erfahrungen, die man vor einigen Jahrzehnten hatte, weit zurückgelassen hat, und dass Entwässerungsergebnisse genau vorher bestimmt werden können, dass ich ferner nur die Inrechnungziehung und Bereithaltung des Entwässerungsprojectes meine, damit dasselbe rechtzeitig und sofort in Ausführung komme, wenn wir nicht wollen, dass die Einflüsse der Entwässerung die Ufer der Laibach einstürzen, die bestehenden Gräben verfallen lassen und den Morast stellenweise in sterilen, pulvertrockenen Staub verwandeln und so bis zur „Bewässerung aus langer Hand“ culturunfähig machen.

VII.

Nachdem mit dem Landesgesetze vom 23. August 1877 die Localcommission aufgelöst war, constituirte sich auf Grund desselben Gesetzes am 13. Juli 1878 der gegenwärtig fungierende Morastculturausschuss als autonome Körperschaft. Unter dem Vorsitze eines Doctor Juris, zugleich Großindustriellen und Landwirthes, vereinigt der Morastausschuss Männer, unter denen das Jus und die Technik mehrfach vertreten, Herren, die, mit Studien ausgestattet, vor Irrthümern durch die Palladien der Wissenschaft und der Erfahrung geschützt, unser Moor in jahrelanger persönlicher Beobachtung studieren und kennen. In politischer Hinsicht sind alle Sonderinteressen durch die Mandatare des Landes, der Stadt und der anderen politischen Körper vertreten.

So kurz die Dauer der Function dieses Ausschusses ist, die Aeußerungen seiner Thätigkeit haben uns den Beweis geliefert, dass er an der Hand der Wissenschaft, gepaart mit der unentbehrlichen praktischen Erfahrung, seinen sicheren Weg zum langersehnten Ziele eingeschlagen hat. Die ersten gethanen Schritte dieses Weges, so unbedeutend sie auch scheinen mögen, sind von eminenter Bedeutung, da sie eben trotz ihrer Unscheinbarkeit zeigen, wie systematisch der Ausschuss seine Aufgabe auffasst: es ist die Beschaffung aller nothwendigen alten und neuen Pläne, Acten und Daten, welche eine Stromgeschichte geben werden, deren absolute Nothwendigkeit vor jeder Operation ich schon oben geschildert habe.

Viel wurde in dieser Richtung in verschiedenen Aemtern und Archiven geforscht und in Einsicht genommen, viel auch aus eigenen Mitteln neu aufgenommen und verfasst. So arbeitet der Morastausschuss ganz richtig auf die Erlangung der Befehle hin, welche zu einer Projectverfassung nöthig sind: 1.) Ein Niveau-plan, basiert auf sichere Fixpunkte; 2.) eine Uebersichtskarte; 3.) ein Längenprofil mit markiertem Nullwasser und den Hochwasserständen; 4.) graphisch dargestellte Pegelbeobachtungen von mehreren Jahren.

Ich bemerke nur, dass sich Nr. 2 und Nr. 3 bereits im Besitze des Ausschusses befinden, was Nr. 4 betrifft, so werden dieselben eben angefertigt.

Somit wäre nur noch der unter Nr. 1 angeführte Niveau- oder Schichtenplan zu verfassen, dann kann der Ausschuss mit einem auf Basis dieser Befehle verfassten, technisch vollkommen spruchreifen, mit Kosten-voranschlägen versehenen Projecte bereits die Oeffentlichkeit betreten. Und auch dieser Schichtenplan wird sich auf den Catastral-mappen, diesem vorzüglichsten, unter der ausgezeichneten Leitung des Herrn Finanzrathes B. Krehman als Chef der Grundsteuerregelung und unter der Evidenzhaltung zu einer hervorragenden Genauigkeit gediehenen Operate, am leichtesten ausführen lassen, sowie diese neuen Catastral-operate überhaupt bei den Operationen auf dem Moraste über Culturen, statistische Daten u. c. in vielen Fällen die wichtigsten Befehle bieten werden. Dieser Schichtenplan wäre dann auf einen günstigen Metermaßstab, z. B. 1:10,000, zu reducieren. Ueberdies stehen Wasserbeobachtungspegel bereit und harren des Einrammens. Bestehende Gräben und Straßen werden in Stand erhalten.

(Schluss folgt.)

— (Abschiedsaufwartungen beim Herrn Statthalter.) Im Laufe des vorgestrigen Tages haben nachstehende Persönlichkeiten und Corporationen beim Herrn Statthalter Ritter Kallina von Urbanow anlässlich seines bevorstehenden Scheidens aus Krain ihre Abschiedsaufwartungen gemacht: die Landesregierung, das Landesgericht und die Staatsanwaltschaft, die Finanzdirection und Finanzprocuratur, der Landesausschuss, der Laibacher Gemeinderath mit dem Stadtmagistrate, die Handels- und Gewerbekammer, der Herr Fürstbischof Dr. Bogacur, das Officierscorps der hiesigen Garnison und das Landes-Gendarmiercommando, die Advocaten- und Notariatskammer, die Directionen des hiesigen Obergymnasiums, der Oberrealschule und der Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalt, das Post- und Telegraphenamt, der Stationschef der Südbahn, die Wahr'sche Handelslehreanstalt und das Rehn'sche Mädcheninstitut, ferner die Leitungen des patriotischen Hilfsvereins, der philharmonischen Gesellschaft, der Moirschützengesellschaft, des Volksküchenvereins, der freiwilligen Feuerwehr, des ersten allgemeinen krainischen Militär-Veteranenvereins, des Pensionsvereins für Witwen und Waisen von Schullehrern, des katholischen Vereins, des St. Vincentius- und des Cäcilienvereins, der „Glasbena Matica“ und der „Matica Slovenka“, des dramatischen Vereins, des Turnvereins „Sokol“ und der Laibacher Italnica.

— (Der Herr Landespräsident Andreas Winkler) ist gestern für einige Tage von Wien nach Laibach gekommen und hat mehreren hiesigen Notabilitäten Besuche gemacht.

— (In Audienz.) Der Herr Reichsrathsabgeordnete Ritter v. Schneid und der Herr Generalstabs-hauptmann Kämmerer Graf Wurmbbrand wurden am 1. d. M. von Sr. Majestät dem Kaiser in Wien in Audienz empfangen.

— (Todesfall.) Der I. I. Feldmarschall-Vicentiant im Ruhestande Josef Zellner von Feldbegg, Ritter des Leopoldordens und des Ordens der Eisernen Krone dritter Klasse mit der Kriegsdecoration, der bekanntlich auch durch viele Jahre bis zur Oberstencharge im vaterländischen Infanterieregimente Freiherr v. Kuhn Nr. 17 gedient hatte, ist am 1. d. M. in Prag im 65. Lebensjahre gestorben. Der Verschiedene war seit seinem 17ten Lebensjahre Soldat und machte seit 1848 alle Feldzüge mit, so dass er 1878 in Tirol sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum feiern konnte. Eine bei einem Wundstich im Pustertthale erlittene Verwundung nöthigte ihn, in den Pensionsstand zu treten.

— (Ernennung.) Der bisher bei der Bezirks-hauptmannschaft Umgebung Laibach in Verwendung gestandene I. I. Bezirkscommissär Herr Heinrich Ritter v. Alpi wurde zum I. I. Polizeidirector in Serajewo ernannt.

— (Gemeinderathswahlen.) Wir bringen nochmals in Erinnerung, dass heute vormittags die Gemeinderaths-Ergänzungswahlen für den dritten, morgen für den zweiten und Donnerstag, den 8. d. M., für den ersten Wahlkörper stattfinden. Die Wahl, die neuer voranschichtlich sehr lebhaft zu werden verspricht, erfolgt bekanntlich schriftlich, doch müssen die ausgefertigten Wahlzettel von den stimmberechtigten Wählern der von 8 bis 12 Uhr vormittags im städtischen Rathssaale fungierenden Wahlcommission persönlich überreicht werden.

— (Laibacher Haupttreffer.) Die mit Rücksicht auf den Umstand, dass ein sehr großer Theil der Lose des Laibacher Lotterie-Anlehens gegenwärtig noch nicht verkauft ist, sehr wahrscheinlich erscheinene Vermuthung, dass der bei der ersten Ziehung am 2. d. M. auf das Los Nr. 30,193 entfallene Haupttreffer per 35,000 fl. der emittirenden Bank selbst zugefallen sein dürfte, hat sich nicht bewahrheitet. Wie nämlich das bekannte Wechselgeschäft des „Mercur“ in Wien anzeigt, wurde das betreffende Los von demselben kurz vor der Ziehung gegen Anzahlung von 5 fl. auf einen Interimsschein thatsächlich verkauft. Der glückliche Besitzer desselben ist angeblich ein Kaufmann in einem kleinen ungari-schen Orte.

— (Studentenakademie.) Die Schüler des hiesigen Obergymnasiums und der Oberrealschule veranstalteten unter der Leitung der betreffenden Lehrkörper in ähnlicher Weise, wie vor drei Jahren, am Samstag, den 24. d. M., im hiesigen Landestheater eine Schülerakademie, deren Reinertrag für die Unterstützungsvereine der beiden Anstalten bestimmt ist.

— (Unglücksfall.) Der am Laibacher Bahnhofe der Kronprinz-Rudolfsbahn bedienstete gewesene Wagensuppler Johann Urbanc ist am 1. d. M. um die Mittagsstunde beim Verschieben von Waggons aus Unvorsichtigkeit zwischen die Puffer gerathen und erlitt hiedurch eine so bedeutende Quetschung, dass er sofort todt blieb. Der Verunglückte war verheiratet und Vater einer zahlreichen Familie. Die unglückliche Witwe desselben hielt die ihr am Nachmittage des 1. April überbrachte Schreckensnachricht anfänglich für einen übelgewählten Aprilscherz und konnte erst mit Mühe von der furchterlichen Wahrheit derselben überzeugt werden.

— (Juristisches.) Im Jahre 1879 sind aus dem Bereiche des Oberlandesgerichtes in Graz 262 Civilprocesses im Revisionswege an den obersten Gerichtshof in Wien gelangt. Die Zahl der aus dem Kreise des

